

Parteiensysteme und Wandel der politischen Eliten in den osteuropäischen Ländern

Prof. Dr. Klaus von Beyme, geb. 1934 in Saarau/Schlesien, studierte nach einer Lehre als Verlagsbuchhändler Politologie, Soziologie und Geschichte in Heidelberg, München, Paris und Moskau. Von 1967 bis 1974 war er Professor für Politikwissenschaften in Tübingen, seitdem lehrt er an der Universität Heidelberg.

Der Kampf um die Institutionalisierung der Demokratie in Osteuropa

Der Wandel in den osteuropäischen Ländern zur Demokratie hat vorerst nur in den Parteiensystemen feste Konturen angenommen. Die Verwaltung ist noch wenig professionalisiert, die Justiz kann nur mit Mühe auf die Rechts-

Staatlichkeit umgestellt werden. Es gibt in diesen Ländern nicht die Möglichkeit der „Beamtenausleihe“ wie in Ostdeutschland. Auch die Entwicklung parlamentarischer Institutionen ist noch im Fluß. Sie hängt von der Entwicklung der dominanten Parteigruppierung ab.

Im ersten Anlauf des Wandels wurden die autokratischen Systeme des realen Sozialismus parlamentarisiert. Selbst in der Sowjetunion wurde zunächst ein Mißtrauensvotum eingebaut, und einige Monate später wurde durch erneute Verfassungsänderung festgelegt, welche Konsequenzen, nämlich den Rücktritt der Regierung, ein solches Votum haben sollte. Einige Länder neigen dazu, sich am parlamentarischen System des britischen, genauer: des deutschen Typs zu orientieren - wie die Tschechoslowakei und Ungarn. Andere entwickeln das System in der Art des Präsidialsystems der fünften französischen Republik fort - wie Polen und die Sowjetunion. Nirgendwo ist ein voll ausgebildetes präsidentielles System in Aussicht genommen, obwohl einzelne Institutionen Amerikas immer attraktiver erscheinen. Boris Jelzin hat nach dem Putsch in der Sowjetunion sogar die Imitation der amerikanischen Nationalgarden als Staatenarmee vorgeschlagen. Die Volkswahl des Präsidenten ist weitverbreitet, die strikte Gewaltenteilung der USA wird damit jedoch nicht verbunden. Die direkte Kompetenz in der Gesetzgebung bei den Präsidenten ist groß; vor allem in der Sowjetunion und in Polen ist die Ukas-Praxis weitverbreitet. Ihre großen Gefahren liegen in der Inflationierung von Maßnahmen, die niemand befolgt. Wo zwei Rechtsquellen wie der sowjetische und der russische Präsident in Konkurrenz treten, wird dieses Übermaß besonders auffällig. Es hatte nur einmal Vorteile - beim Putsch. Die Neigung, sich widersprechende Verordnungen nicht zu befolgen, hat die Perestroika im August 1991 retten helfen.

Der Kampf um die Institutionalisierung der Demokratie ist ein Kampf um Herrschaftsmöglichkeiten. Daher war der Konflikt um die Ausgestaltung der Institutionen hart, und das Resultat ist fragmentarisch. Das endgültige Verfassungssystem wird erst feststehen, wenn sich dominante Parteiengruppierungen herausgestellt haben. Der erste Kampf um die Institutionen war in den meisten Ländern der Kampf um das Wahlrecht. Hier wurde am unmittelbarsten deutlich, daß es um Zuteilung von Herrschaftschancen ging. Es handelte sich für die relevanten Gruppen um einen Mittelkurs zwischen der Festigung von Herrschaftspositionen - Kommunisten und neue Bürgerbewegung waren die beherrschenden Kräfte - und der Verhinderung einer extremen Zersplitterung der politischen Kräfte.

In allen Ländern tauchten unzählige Gruppen auf - das war in den siebziger Jahren in Südeuropa und nach 1945 in den neuen Demokratien nicht anders gewesen. Eine Biertrinkerpartei in der DDR und in der Tschechoslowakei wurde als schlechter Witz nicht gut aufgenommen und war dem Ernst der Stunde der Wende auch nicht angemessen. Den Mangel an Interessengruppen versuchte man vor allem in der Tschechoslowakei mit unzähligen Interessenlisten zu kompensieren - bis hin zu den Bienenzüchtern. Als mildernden

Umstand muß die Analyse freilich gelten lassen, daß das vorangegangene sozialistische Regime planmäßig den Unterschied zwischen Massenorganisationen und Parteien im Blocksystem verwischt hatte, und daß die neue Arbeitsteilung erst demokratisch erlernt werden mußte.

Ein Problem der Zersplitterung war unvermeidlich: die zahlreichen Listen ethnischer Minderheiten. Die Tschechen und Slowaken stellten zu ihrer Überraschung fest, daß eine der 23 Organisationen, die sich für die Wahlen registrieren Keßen, eine „Organisation Unabhängiger Rumänen“ war, die kurz vor den Wahlen die Kandidatur zurückzog. Die meisten Bürger der beiden Teilrepubliken hatten keine Ahnung von der Existenz einer solchen Minderheit gehabt.

Während in den südlichen Ländern, vor allem in Rumänien, die Parteienzersplitterung von den Ex-Kommunisten noch gefördert wurde, um die eigene hegemoniale Stellung zu sichern (251 Mitglieder reichten zur Anmeldung einer Partei vor dem Bukarester Stadtgericht¹, ist in den nördlichen Ländern beim Kampf um das Wahlrecht hart um Begrenzungen des Zugangs zum Wettbewerb der Parteien gerungen worden. Unterschriftenquoten, Regulierung der Kandidatenaufstellung und Prozentklauseln (ÖSFR und DDR 5 Prozent, Bulgarien und Ungarn 4 Prozent, Slowakischer Nationalrat 3 Prozent) sollten die frühere Zersplitterung des Parteiensystems in den osteuropäischen Ländern verhindern. In der Tschechoslowakei kehrte man mangels Konsens zum Wahlsystem der ersten Republik zurück - mit einigen Abweichungen vom reinen Listensystem.² Im ungarischen Einkammerparlament wurden die 386 Sitze in einem unübersichtlichen Verfahren aufgeteilt. 176 wurden in Einerwahlkreisen, 152 von regionalen Parteiüisten und 58 von nationalen Parteiüisten gewählt, um die größeren Parteien zu begünstigen. Die Kompliziertheit des Wahlsystems war entweder die Frucht unüberbrückbarer Machtkämpfe oder - wie in Bulgarien - kalkulierte Bedingung des Erfolgs der Kommunistischen Partei.

Die Vorgeschichte des Niedergangs im Sozialismus hatte offensichtlichen Einfluß auf Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse:

- Im Erosionsmodell ausgehandelter Revolutionen war die Wahlbeteiligung gering. In Ungarn lag sie im ersten Wahlgang bei 65 Prozent, im zweiten bei 45 Prozent. Bei den Kommunalwahlen im Mai 1990 wählten nur 42 Prozent in Polen, und im September 1990 nur 40 Prozent in Ungarn.
- Im Kollapsmodell, bei dem der Sozialismus durch eine Massenbewegung gestürzt wurde, wirkte der Enthusiasmus in der Wahlbeteiligung nach: CSFR 96 Prozent, DDR 93 Prozent. Die Begeisterung kühlte sich in der DDR bei den nachfolgenden Wahlen ab. Die Wahlbeteiligung lag gleichwohl noch - wie in Westdeutschland - über dem internationalen Durchschnitt.
- Im Modell des gelenkten Wandels von oben nach einem Coup (Bulgarien, Rumänien) oder durch Perestroika (Sowjetunion) waren die Wahlbeteili-

1 Aneli Ute Gabanyi, Die Wahlen in Rumänien, in: Südosteuropa, 1990, S. 418.

2 Gordon Wightman, Czechoslovakia, in: Electoral Studies 1990, S. 320.

gung und das Wahlresultat noch weitgehend Artefakte der Manipulationsfähigkeit der hegemonialen politischen Kraft.

Nur im sowjetischen Modell kam es zunächst zum gelenkten Wandel von oben ohne Coup. Bei den Wahlen im Frühjahr 1989 war die KPdSU erfolgreich: 87 Prozent der neuen Abgeordneten waren Parteimitglieder, während es bei den Wahlen davor nur 71 Prozent gewesen waren. Die eigentliche Niederlage lag in der Abwahl zahlreicher Altfunktionäre.

Institutionelle Bestimmungsgrößen für ein neues Parteiensystem ließen sich kaum feststellen. Zwei Ansatzpunkte wären theoretisch möglich gewesen:

- das *Blockparteiensystem*, sofern es existierte;
- der Rückgriff auf die *Parteiensysteme, die vor der Diktatur* existiert hatten.

Am stärksten wirkte zweifellos der *Antiparteieneffekt*, der sich in der Zeit der Parteienherrschaft bildete. Die Größe der Forumsbewegung war ein Indikator für die Abneigung gegen die Parteien in der Bevölkerung. Das rudimentäre Parteiensystem außerhalb der antikommunistischen Foren wird erst erkennbar, wenn die Bewegung unter dem Druck der Professionalisierung der Politik auseinanderfällt.

Parteiensysteme in Osteuropa

Die Wahlforschung in den demokratischen Ländern schwankte zwischen *sozialstrukturellen Erklärungs-Ansätzen* und *sozialpsychologischen* Erklärungen von Identifikation der Bürger mit den Parteien hin und her. In Osteuropa hingegen überwiegen naturgemäß Sozialstruktur-Ansätze, weil eine subjektive Identifikation der neuen Wähler mit ihren Parteien noch kaum festgestellt werden kann. In Westdeutschland lag die Parteienidentifikation 1990 zwischen 63 Prozent (CDU/CSU) und 58 Prozent (SPD), in Ostdeutschland nur bei 15 Prozent (Allianz) beziehungsweise 11 Prozent (SPD).³

Als alles erklärender Ansatz bot sich die These vom *Konflikt* zwischen Zentrum und vernachlässigter Provinz an. Er ist vor allem auf die Märzahlen in der DDR 1990 angewandt worden. Daneben spielten aber der *Klassenkonflikt* und *religiöse Differenzen* auch bei diesem Ansatz eine gewichtige Rolle. Man kann die eindeutigen CDU-Wahlgewinne in Sachsen und Thüringen als Protestvotum gegen den Wasserkopf Berlin deuten. Aber die eigentliche Peripherie Mecklenburg-Vorpommern glänzte durch die höchsten PDS-Anteile der ostdeutschen Länder. Der hohe Anteil an Landwirtschaft könnte als intervenierende Variable bemüht werden - da mit Religionsdifferenzen in der DDR nichts zu erklären ist. Aber bei Wahltagsbefragungen zeigte sich, daß die LPG-Bauern im engeren Sinn keine höheren Prozentsätze zugunsten des PDS aufwiesen als die Arbeiter.

In der Tschechoslowakei ist mit dem Zentrum-Peripherie-Modell vermutlich mehr zu erklären. Das unerwartet gute Abschneiden der „Gesellschaft für

³ Ursula Feist/H. J. Hoffmann, Wahlen in der DDR 1990, in: Journal für Sozialforschung, 1990, Nr. 3, S. 274.

Mähren und Schlesien" (7,89 Prozent in der föderativen Kammer und 10,03 Prozent für den Tschechischen Nationalrat) zeigt, daß über dem spektakulären Konflikt der beiden Republiken die innertschechischen regionalen Konflikte völlig übersehen worden waren und nun in den ersten freien Wahlen hervorbrachen.

Im negativen Ausschlußverfahren müssen zwei weitere Hypothesen ausgeschieden werden: Weder das Blocksystem - wo es noch existierte - noch das vorkommunistische historische Parteiensystem wurde entscheidend für die Phase des Übergangs.

1. In keinem Land wurde das *alte Blockparteiensystem*, sofern es noch existierte, zum Ansatzpunkt des neuen Parteiensystems. Am ehesten war das noch in der DDR der Fall, aber nur, weil Ost-CDU und LDPD von ihren westlichen Partnern nach einigem Zögern angenommen wurden. Der Schachzug zahlte sich zunächst aus: Die CDU gewann in Ostdeutschland 128 000, die FDP 97 000 (mehr als sie in Westdeutschland hat) Mitglieder hinzu, während die Wiedergründung der SPD bei 30 000 Mitgliedern stagnierte.

2. Im Gegensatz zu den früheren Transformationsprozessen wurden die *alten Parteiensysteme vor der Diktatur* nicht mehr entscheidend für die Schaffung neuer Parteiensysteme. In der Tschechoslowakei waren auf gesamtstaatlicher Ebene die Kommunisten, die Sozialdemokraten und die Sozialisten Wiederanknüpfungen an alte Parteien. Die Christliche und Demokratische Union hatte einen historischen Kern in der alten Volkspartei, zog es aber vor, eine Koalition mit einer neuen christdemokratischen Partei einzugehen, die von Vaclav Benda, einem alten Aktivisten der Gruppe 77, geleitet wurde. Die Kommunisten schnitten über Erwarten gut (über 13 Prozent), die Christdemokraten unter Erwarten schlecht ab (8,6 in der tschechischen, 18,9 Prozent in der slowakischen Republik). Sozialisten und Sozialdemokraten taten sich in allen Systemen schwer zwischen den Reformkommunisten, die sich als sozialdemokratisch drapierten, und den neuen Forumsparteien. In Ungarn waren die Christdemokraten mit 5,4 Prozent der Stimmen besonders schwach. Hier hatten die neuen Liberalen (SZDSZ) neben der Forumspartei die stärkste Stellung (23,8 Prozent).⁴

Um vorschnellen Globalerklärungen zu entgehen, müssen die großen relevanten politischen Kräfte, die in den ersten freien Wahlen zutage traten, nacheinander betrachtet werden, um die Spur zu Klassen-, Gruppen-, Eliten-, Religions- und Zentrum-Peripherie-Konflikten detaillierter aufnehmen zu können.

Einigkeit herrscht darüber, daß die Wahlen eine Entscheidung für oder gegen den realen Sozialismus ausdrückten. Nur mit Einschränkungen kann das für den orthodoxen Teil des Balkans (Bulgarien, Rumänien, Serbien) gelten. Ob die These zutrifft oder nicht: In der Regel traten zwei dominante

⁴ Detaillierte Zahlen: Henrik Bischof, Analyse der ersten freien Wahlen in Osteuropa. Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung) 1990.

Kräfte in die Arena: die gewandelten Kommunisten und die neuen Forumsparteien. Danach ist zu fragen, wie die übrigen politischen Kräfte sich den Rest der Stimmen teilen mußten: Christdemokraten, Liberale, Sozialdemokraten, Agrarparteien, Grüne, Regionalparteien.

Die Detailanalyse hat in zwei Fällen keine vergleichbaren Daten:

- In *Polen* hat es vor Oktober 1991 keine Wahl gegeben, die die tatsächliche Kräftekonstellation anzeigt, da das Parlament noch in der Zusammensetzung der ausgehandelten Revolution im Amt ist. Wo der begrenzte Wettbewerb hochgerechnet worden ist, hat man 70 bis 72 Prozent für die Solidarnosc ausgerechnet.

- In der *Sowjetunion* ist kein klares Parteienspektrum in Sicht, obwohl immer neue Übersichten angeboten werden.⁵ Die cäsaropapistische Tradition der griechisch-orthodoxen Länder entbehrt einer historischen Voraussetzung für den Pluralismus: die Trennung von Kirche und Staat, von Staat und Gesellschaft. Vielleicht ist es kein Zufall, daß in den orthodoxen Ländern die Bürger trotz aller Kritik an der Partei große psychologische Hemmschwellen zu überwinden haben, um der Partei den Rücken zu kehren, wie die Wahlergebnisse in Bulgarien, Rumänien und Serbien zeigen. In Rußland hatte selbst die oppositionelle Elite im System große Schwierigkeiten, den endgültigen Bruch mit der Partei herbeizuführen. Obwohl es zirka 11 000 Parteien, Gruppen und Debattierzirkel in der Sowjetunion gibt, war die „Demokratische Partei“, aus der Reformgruppe „Kommunisten für Demokratie“ im Kongreß der Volksdeputierten hervorgegangen, unter Vizepräsident Ruzkoj, Stellvertreter Jelzins, bis zum Putsch nicht bereit, die Partei aufzugeben. Ruzkoj wurde inzwischen ausgeschlossen, Schewardnadze und Jakovlev haben als Mitarbeiter Gorbatschows den Dienst in spektakulärer Weise quittiert. Sobcak und Popov, die populären Bürgermeister der beiden Metropolen, predigen einen ultrademokratischen Weg und wettern gegen die KPdSU. Aber noch bleibt die Gruppe eine lockere Dachorganisation, obwohl abzusehen ist, daß gegen das organisatorische Potential der KPdSU nur gut organisierte Maschinen mit populären Führern eine Chance haben. Jelzin zäumte das Pferd von hinten auf: Die Zurückdrängung der Partei aus den Betrieben ist kein Ersatz für eine geschlossene Oppositionspartei. Erst nach dem Putsch setzte die Bildung von Gegenmacht entschlossen ein.

Die Ergebnisse der sowjetischen Wahlen sind international erstaunlich unbeachtet geblieben, zumal die guten Ergebnisse für die Partei mangels exakter Daten über die Sieger und die unterlegenen Kandidaten kaum empirisch überprüfbar wurden. Nach ersten Auszählungen zeigte sich lediglich ein neues Sozialprofil der neuen erfolgreichen Eliten mit Journalisten, Wissenschaftlern und Schriftstellern auf den ersten Plätzen der Berufsskala, während die Nomenklatur auf den 11. Platz zurücksank. Außerdem bahnte sich ein

⁵ Stefanie Babst, Die neuen sowjetischen Parteien und Gruppierungen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1991, S. 88-110.

Nord-Süd-Gefälle an, das ähnliche soziale Spaltungen, wie sie an der serbisch-kroatischen Grenze sichtbar werden, auch sozialstrukturell ausweist. Der Süden zeigt wesentlich stärkeres Beharrungsvermögen als der Norden und die Mitte Rußlands.

Bei den *Kommunistischen Parteien* im Wandel sind zwei Fragen zu klären:

- Wie ist der Niedergang der Partei in den meisten Ländern zu erklären?
- Was sind die Gründe, daß dieser Niedergang nicht so total war, wie vielfach prognostiziert wurde? Viele Prognosen für freie Wahlen haben aufgrund von heimlichen Umfragen, die im Westen veröffentlicht wurden, den Anteil der Kommunisten auf 3 bis 5 Prozent geschätzt. Sie bekamen jedoch in der CSFR immerhin 13 Prozent und 16 Prozent in der DDR.

Das Abschneiden der Kommunisten ist weitgehend von der vorherigen Rekrutierungspolitik abhängig, was sich auf das Modell des Übergangs (Erosion oder Kollaps) auswirkte. In den meisten Ländern erstarrte der reale Sozialismus unmittelbar nach dem Höhepunkt seiner Blütezeit in den sechziger Jahren. Auch in der DDR hat sich die Stasi seit Mitte der siebziger Jahre noch einmal verdoppelt. Mit wachsender Repression in einigen Ländern (DDR, CSSR) ging die Unfähigkeit einher, jüngere Eliten zu kooptieren, am krassen in der CSSR. Trotz überschwenglicher Lippenbekenntnisse zur wissenschaftlich-technischen Revolution wurde das Bildungssystem nicht angemessen modernisiert. Zunehmend hat es die Statuszuschreibungen verzerrt. Die Kooptationsmöglichkeiten schrumpften mit wachsender Krise gegenüber den inflationierten Qualifikationen. Das Wachstum des tertiären Sektors war die Fluchtmöglichkeit des Kapitalismus aus einem ähnlichen Dilemma. 1930 hatten Österreich, Böhmen und Mähren die gleiche Zahl von 30 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungssektor. 1980 waren die tschechischen Landesteile noch bei 31 Prozent, Österreich lag bei 57 Prozent.⁶ Schon die Statistik war verräterisch. Im realen Sozialismus gingen Dienstleistungen nicht ins Nationalprodukt ein. Die Gerontokratie der Partei behinderte mit ihrer Kaderpolitik die Elitenrotation in allen Bereichen der Gesellschaft. In Polen und Ungarn wurde das Erosionsmodell möglich, weil die jüngeren Eliten in der Partei nachdrängen konnten. In Ungarn war von einer „Revolution der stellvertretenden Abteilungsleiter“ die Rede. Die jungen Kooptierten gingen frühzeitig auf Reformkurs - ein Zug, der in der DDR und der CSSR völlig fehlte. In Ungarn kam es zu einer regelrechten *Doppelstruktur*. In einem Lobbyssystem korporativer Art wurde die Distribution neu organisiert. Kolosi⁷ spricht von einer „kleinbürgerlich geprägten Verbürgerlichung“. In Polen hingegen blieb die neue Elite als alternative Equipe außerhalb des Distributionsystems, war aber mit hinreichendem Erpressungs-Potential im politischen Bereich ausgestattet. Ein Modernisierungsdefizit zeigte sich in Polen auch im Übergang. In anderen sozialistischen Ländern beseitigte die forcierte Kollekti-

6 Max Haller u. a., Soziale Mobilität in Österreich, in der Tschechoslowakei und in Ungarn, in: Journal für Sozialforschung, 1990, S. 43.

7 Tamas Kolosi, Gesellschaftliche Ursachen für den Zusammenbruch des realen Sozialismus, Budapest 1991 (Vortragsmanuskript).

vierung wenigstens den unrentablen landwirtschaftlichen Zwergbetrieb. Nicht so in Polen, wo der kleinbäuerliche Charakter der Landwirtschaft auch ein Hindernis für eine Zusammenarbeit mit marktorientierten Gruppen außerhalb der Landwirtschaft blieb, wie sie sich in Ungarn anbahnte. Die „Parzellenbauern“ sind bis heute - fast gemäß Marxschen Formulierungen - anfällig für Bonapartismusgefahren, auch wenn sie dort Pilsudskismus genannt werden sollten.

Die Flexibilität der alten Elite im ungarischen Modell wurde von den Wählern nicht honoriert. In den inflexibelsten sozialistischen Systemen fiel die Treueprämie für die alte Staatspartei höher aus, gerade weil die alten Gruppen mit dem System etwas zu verlieren hatten: Bürokraten, Teile der Intelligenz, landwirtschaftsnahe Bevölkerungskreise. Die ständige Verfestigung der Nomenklatura-Klasse, die immer wieder in übertriebenen historischen Analogien gebrandmarkt worden ist, führte zum konservativen Votum für den *Status quo ante*.

Auch beim Systemwandel in Südwesteuropa hatte es gelegentlich eine vorübergehende Sammlungspartei gegeben, ehe sich das bürgerliche Lager parteilich konstituierte - wie die UCD unter Suárez in Spanien. Aber in der osteuropäischen Umgestaltung gab es mehr systematische Gründe für die Stärke der Forumsparteien:

- Die *oppositionellen Eliten* im Sozialismus hatten weniger Chancen zu interagieren, als selbst in der Zeit der Vergreisung des Franco-Regimes. Nur selten gab es einen erprobten Kern von Führern wie denen, die sich in der Charta 77 engagiert hatten.

- Die Theorie des Übergangs war vage, aber ihr lag ein normatives Bild der *Zivilgesellschaft* zugrunde, die den etatistischen Sozialismus ablösen sollte. Die Zivilgesellschaft schien ihr organisatorisches Pendant, die lose Bewegung, zu erfordern, damit nicht neue Entartungen vorprogrammiert wären.

- Die *Abneigung gegen die Parteien* war beim Volk während der Transformationsperiode beträchtlich, vor allem dort, wo der Pseudopluralismus im Blocksystem alle Richtungen desavouiert hatte. Wie in den postfaschistischen Systemen blieb ein harmonistisches, konfliktfeindliches Bild der Gesellschaft in der Bevölkerung einflußreich. In Deutschland hatten nach 1945 ein Viertel der Befragten die Ansicht geäußert, daß eine Partei genüge. In Ungarn haben Befragungen ergeben, daß zwar einerseits Zweidrittel mit einem Mehrparteiensystem in der Zukunft rechnen, andererseits der Meinung sind, die Lage des Landes verlange den „nationalen Schulteranschluß“ und nicht den Wettbewerb zwischen den Parteien.⁸ Während im Westen die Forumsparteien vielfach als Form der Zukunft verklärt worden sind, ist festzuhalten, daß das Zusammenwirken vorwärtsweisender und rückwärtsgewandter Ansichten in Osteuropa die Forumsparteien so stark machten, wie sie wurden. Bei der Solidarność

⁸ Agnes Bokor, Die öffentliche Meinung im Zuge des Systemwandels in Ungarn, in: Journal für Sozialforschung, 1991, S. 62.

schien mit zunehmenden Erfolg das konservative Element zu überwiegen, bei den tschechoslowakischen Bewegungen teilten sich die Lager etwas gleichmäßiger auf.

Ein Zerfallsprozeß, wie ihn die spanische UCD erlebte, hat die osteuropäischen Forumbewegungen früh erfaßt, vor allem in der CSFR und in Polen. Rechtsliberal (um Finanzminister Klaus) und sozialliberal (um Außenminister Dienstbier und den tschechischen Landesregierungschef Pithart) sind die Flügel genannt worden. In der Slowakei hat die nationale Frage so viel Zündstoff entwickelt, daß die Forumsgruppe „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ zwischen den Christdemokraten und dem neuen slowakischen Landesregierungschef Carnogursky und der Slowakischen Nationalpartei zerrissen ist. Die Absetzung des slowakischen Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar trieb im April 1991 mehr Menschen auf die Straße als 1989 die gesamte Revolution. Am Fall Mečiar zeigte sich zudem die Gefahr, daß die Wähler mangels Vertrautheit mit den Parteien und angesichts der Ähnlichkeit der Programme, sich lieber an herausragenden populistischen Figuren orientieren als an den Parteien. Ein Kritiker stellte vor den Wahlen fest, daß die Programme der Parteien sich gleichen wie eine Erbschaft der anderen.⁹ Mečiar will nach der Spaltung der VPN als eigenständige Bewegung für eine demokratische Slowakei weiter Einfluß nehmen.

Der Präsidentenwahlkampf in Polen hat für die Solidarnosc ähnlich desintegrierende Wirkung gezeigt, seit sich Fraktionen um Wałęsa, Mazowiecki und Geremek als Präsident der „Parlamentarischen Partei“ (OKP) bildeten. Dieser Prozeß kann als Elitenkonflikt gedeutet werden. Die intellektuelle Elite, die Mazowiecki in seiner Regierung versammelte, wurde abgelöst durch eine professionellere, die weniger nach großen idealen Lösungen strebte und pragmatisch der Wałęsa-Klientel nachgab, die mit der schleppenden Reform unzufrieden war. Populistische Taktik verband sich bei Wałęsa mit einem wachen Sinn für professionelle Machtpolitik und erklärte seinen Erfolg. Erst im Frühjahr 1991 begann Wałęsa seine Macht zu überschätzen. Im Konflikt um das Wahlsystem überzog er in seinem Machtsinn das Vertrauenskonto, das in der OKP von den professionelleren Politikern angesammelt schien. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Calfa hat schon im Oktober 1990 in einem Interview erklärt: „Wie in der Wirtschaft werden wir auch in der Politik zu den bewährten Institutionen zurückkehren: den politischen Parteien. Es zeigt sich, daß auch hier kein dritter Weg existieren kann.“¹⁰

Christdemokratische Gruppen sind in allen Übergangsprozessen anfangs überschätzt worden, vor allem in Spanien. In der Tschechoslowakei schien die katholische Kirche, die unter Kardinal František Tomášek eine rühmliche Rolle für die Opposition gespielt hatte, die einzige Kraft zu sein, die die beiden Landesteile verband. Wo regional-ethnische Spaltungen jedoch die Oberhand

⁹ Zit. nach Wightman, S. 322.

¹⁰ Berthold Kohler, Das Verständnis für die gemeinsame Sache ist verschwunden. Ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Calfa, FAZ, 16.10.1990, S. 6.

gewannen, verblaßte die Integrationsfunktion der Kirche, zumal die katholische Kirche seit Masaryk traditionell eher mit den unglücklichen Zeiten der Geschichte der deutsch-österreichisch-dominierten antihussitischen Unterdrückungspolitik verbunden wurde.

Nur für Ungarn haben einige Analytiker das gute Abschneiden der Christdemokraten als „mysteriös“ empfunden, weil sie bei den Meinungsumfragen vorher unter fünf Prozent lagen.¹¹ Ungarn ist zu über 60 Prozent katholisch - daran gemessen und angesichts der Möglichkeiten, den konfessionellen Gegensatz zu überwinden, ist das Resultat von 5,4 Prozent eher mager zu nennen.

Forumsparteien haben die christdemokratischen Parteien behindert, weil sie christliche Gruppen absorbierten, wie in der Tschechoslowakei, oder sich nach dem Bruch mit den Reformkommunismus um ein christdemokratisches Image bemühten, wie in Ungarn unter József Antal.¹² Nur die Slowakei, die ihre Identität - wie Polen - vergleichsweise am stärksten der Kirche verdankt, hat mit 21,7 Prozent eine starke Christdemokratie geschaffen, die durch den Zerfall der Forumspartei noch an Bedeutung gewann. In Polen entstand bisher keine christdemokratische Partei von Bedeutung, da die Solidarität den Segen der Kirche hatte. Die Unterschriftensammlung für die Solidaritätskandidaten wurde meist nach dem Kirchgang vorgenommen. Wo Bischöfe gegen einzelne Kandidaten auftraten, konnten sie gelegentlich im ersten Wahlgang ihre Wahl verhindern.¹³

Die Schwäche einer Christdemokratie in den griechisch-orthodoxen Ländern ist nicht überraschend. Für Griechenland sind schon bei der Übergangsphase in den siebziger Jahren die Gründe dafür eindrucksvoll dargelegt worden. Sie scheinen auch für den Süden Osteuropas zu gelten.

Liberale Parteien hatten es in einem zerfallenen sozialistischen System naturgemäß am schwersten. Die soziale Vorbedingung der Existenz von einer Kleinmarktwirtschaft und einer second economy mit offiziöser Tolerierung existierte eigentlich nur in Ungarn. Hier wurden die Liberalen folgerichtig mit 23,8 Prozent die zweite Kraft im System.

Die *Sozialdemokraten* sind vom Niedergang des Sozialismus überall stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Entweder lehnten die Wähler jeden Sozialismus ab, auch den demokratischen, oder die reformkommunistischen Gruppen stahlen den Sozialdemokraten aufgrund einer Selbstdrapierung mit allen Insignien einer westlich-sozialistischen Partei die Schau.

Agrarparteien hatten zwischen den Weltkriegen ihre Hochburg in Südosteuropa gehabt. Sie sind in Ungarn und Bulgarien am stärksten wieder aufgetreten. Sie lagen aber selbst in Ungarn unter dem Erwartungshorizont der Pro-

11 Rudolf L. Tökes, in: Hungary's new political elites. Adaptation and change. 1989-1990, in: Problems of Communism, Nov/Dez. 1990, S. 27.

12 Tamas Körösenyi, Hungary. Electoral Studies, 1990, S. 338.

13 Zbigniew Pelczynski/Sergiusz Kowaski, Poland. Electoral Studies, 1990, S. 349.

gnosen. Ein Teil der Kollektivbauern hat in vielen Ländern unerwartet für die KP-Nachfolge-Organisation optiert. Nur in Ungarn blieb dieser Effekt aus. Logische Konsequenz war die hohe Zahl der Stimmen für die Agrarpartei.

Das schlechte Abschneiden der *Grünen* verwundert angesichts der materiellen Nöte der Umbruchphase nicht. Selbst in der DDR konnte nur intellektuelle Blauäugigkeit annehmen, daß die Kerzenträgerrolle in Kredit für künftige Regierungsarbeit umgesetzt werden könne.

Die *regionalen und ethnischen Parteien* mußten in der Gemengelage Osteuropas eine größere Rolle spielen, obwohl die brutalen Experimente Hitlers, die Austreibung von Minderheiten 1945 und manche Maßnahme des realen Sozialismus den ethnischen Flickenteppich schon stark verändert hatten.

Der Wandel der politischen Eliten und die Professionalisierung der Demokratie

Mit zunehmender Professionalisierung der Politik verändert sich die Zusammensetzung der Eliten, welche die Transformationssysteme tragen. In der Übergangszeit spielten zwei Gruppen eine überragende Rolle: kirchliche und Intelligenz-Gruppen.

Die *kirchlichen Gruppen* haben sich rasch wieder zurückgezogen. Nur in Polen und in der Slowakei gibt es noch einen militanten politischen Katholizismus, der ins Auge springt. Die protestantischen Kirchen haben ihrer Tradition gemäß, dem Staat den Vortritt zu lassen, rasch den Rückzug angetreten, vor allem im Bereich der lutherischen Kirchen der ehemaligen DDR.

Die *kulturellen Eliten* haben in der Umbruchphase ebenfalls eine überproportionale Rolle gespielt. Gelegentlich haben sie eine ihnen angediente politische Rolle ausgeschlagen, wie Masur in der DDR. Andere haben sie angenommen wie Havel, der nach einigem Zögern sogar zur Wiederwahl antrat. In Rumänien haben sich Intellektuelle zur Verfügung gestellt, obwohl ein grundlegender Wandel nicht in Sicht war, wie der Philosoph Andrei Pleşu oder der Schriftsteller Mircea Dinescu. Viele haben es mit Vorbehalt getan, wie Pleşu, der nach seiner Ernennung zum Kultusminister erklärte: „Ein solches Amt ändert den Menschen, und ändern will ich mich nicht“.¹⁴ Die laueren Eliten der Intellektuellen hatten es nach den ersten Enttäuschungen der Massen nicht leicht, wie die Regierung Mazowiecki in Polen zeigte. Wo gar Schöngelster einen maßgebenden Einfluß gewannen, wie auf dem Prager Hradschin, wurde die ehrenwerte Gesinnungsethik schnell zum Angriffsziel der Profis - Havel blieb davon nicht verschont.

Die Stärke und amorphe Struktur der Forumsparteien ist Indikator für eine offene soziale Situation, nicht aber hinreichende Erklärung dafür, daß in den ex-sozialistischen Ländern keine Parteiensysteme entstanden, die fest in einer sozialstrukturellen Verankerung, verstärkt durch Parteiidentifikation der Wähler, ruhen. Nicht nur in der DDR ist der ex-sozialistische Wähler als der

¹⁴ Zit. nach FAZ, 15. 2.1990, S. 33.

rationale, nach wirtschaftlichen Interessen entscheidende Wähler dargestellt worden, der seinen ökonomischen Nutzen kalkulierte und daher nicht für eine Partei stimmte, sondern gegen ein System: den realen Sozialismus. Die Partei war zweitrangig, und Umfragen in den Ländern zeigten, daß der Wandel von Parteipräferenzen enorm war - die Fluktuation war größer als im Westen.¹⁵ In Ungarn entstand ein Parteiensystem, das vergleichsweise am „logischsten“ erschien als Kombination zwischen historischen Kräften und neuen „cleavages“ (Spaltungen) in der Gesellschaft, auch wenn die kleinen Landwirte unter den Erwartungen blieben, die Christdemokraten nicht ihr Potential ausgeschöpft zu haben schienen und die Liberalen besser als erwartet abschnitten.

Keines der jetzigen Parteiensysteme wird mit der Konsolidierung der Wettbewerbsdemokratie so bleiben, wie es jetzt ist. Die Erosion der Forumsparteien, die bereits eingesetzt hat, wird vermutlich selbst die Differenzen zwischen den neuen populistische-demagogischen kommunistischen Parteien und den Resten der alten Bürgerbewegung verringern. Die Zukunft der Wettbewerbsdemokratie ist vor allem mit der Frage verbunden, wie ernst es den neuen politischen Kräften mit der Entwicklung hin nach Westeuropa ist, die sie fast alle ins Programm aufgenommen haben. Wieder finden sich die relevantesten Ausnahmen in den griechisch-orthodoxen Ländern. Ein populistischer Nationalismus und westliche Orientierung stehen sich als politische Ziele zunehmend gegenüber, wobei westliche Orientierung und Nationalismus sich nicht ausschließen, wie Slowenien und Kroatien 1991 zeigen. Radikalismus und Konservatismus in Bezug auf die Veränderungsschwierigkeiten lassen sich auf einer anderen Achse gegenüberstellen und ergeben folgendes Bild:

Haltungen zum politischen Wandel

		Radikalismus	Konservatismus
Politische Ziele	Indigenistischer Nationalismus	Kroatien Polen Slowakei Pamjat-Gruppen	Rumänien Bulgarien Serbien Parteiapparat in der Sowjetunion
	Westlicher Pluralismus	Ungarn Tschechei Slovenien Jeltsin-Kurs	Gorbatschow-Kurs

Alle augenblicklichen Klassifikationen der Parteien leiden an ihrem westeuropäischen Bias (Vorurteil), und können einer gefährlichen Selbsttäuschung Vorschub leisten. Die indigenistischen (eigenständigen) - der westeuropäischen Tradition skeptisch gegenüberstehenden - Traditionen leben wieder auf, je schwieriger sich der Übergang zur Marktwirtschaft gestaltet. Demo-

¹⁵ Befragungsergebnisse bei Tökes, S. 24; AISA, Československoledn 1990. Zpráva z výzkumu, Prag 1990.

kratie wurde vielfach instrumentalisiert wahrgenommen: Demokratie bringt Marktwirtschaft. Wenn Marktwirtschaft jedoch den Wohlstand, den man sich versprach, nicht über Nacht bringt, ist das demokratische Potential nicht enttäuschungsfest. Die Annahme eines populistischen Nationalismus gemäßigt undemokratischer Prägung, wie sie Walesa zur Zeit am stärksten verkörpert, ist in einem solchen Szenario des schlechtesten Falles noch eine günstige der möglichen Varianten.